

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	385
		<b>TOP:</b>	17
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	468/2023
		<b>GZ:</b>	Ref. SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	19.09.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Gräter, Herr Dr. Oediger (beide ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Zetzsche / as		
<b>Betreff:</b>	<b>Umsetzung Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart (EWS)</b> <b>- Kooperatives Gewerbegebietsmanagement,</b> <b>- Tätigkeitsbericht</b> <b>- Einbringung -</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 27.07.2023, GRDRs 468/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Bericht zu den Tätigkeiten und Schwerpunkten des Gewerbegebietsmanagements wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umgestaltung der Schockenriedstraße in S-Vaihingen eine Variante im Sinne des Schwammstadt-Prinzips als Alternative zur beschlossenen Vorplanung gemäß GRDRs. 152/2020 zu erarbeiten und diese dem Gemeinderat zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Vorplanung zur Umgestaltung der Sieglestraße in Feuerbach-Ost, auf Basis des Gestaltungskonzeptes "Ehemaliger Gleisbogen Feuerbach-Ost" (s. GRDRs 218/2021), wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt die nötigen Planungsschritte weiterzuführen.

4. Die Konzeptstudie "Klimaneutrales Gewerbegebiet Weilimdorf 2035" wird zur Kenntnis genommen. Sie wird bei der Aufstellung der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigefügt.

StRin Schanbacher (SPD) freut, dass hinsichtlich der Umgestaltung der Schockenriedstraße Ideen von Initiativen wie WerkQuartier Stuttgart e. V. aufgegriffen worden seien, die in die weitere Planung einfließen würden. Im Falle der Schockenriedstraße habe dies dazu beigetragen, eine Hauptfußwegachse klimaangepasst zu verwirklichen.

Bezüglich der Gestaltung der Neuen Mitte habe es einen Antrag der SPD gegeben, wie mit dem EnBW-Gasspeicher umgegangen werden solle und ob Potenzial für die Neue Mitte vorhanden sei. Auch dies stamme aus den Ideen von WerkQuartier e. V. Die seit Februar 2022 gänzlich neuen Voraussetzungen bezüglich der Nutzung von Gas legten die Vermutung nahe, ob die EnBW ihre Meinung gegebenenfalls nachjustiert haben könnte. Dr. Oediger (ASW) ergänzt, die geplante grüne Mitte sei als Idee vor langer Zeit entwickelt worden. Da der Standort allerdings von der EnBW aktuell als systemrelevant betrachtet werde, sei das Projekt zunächst zurückgestellt worden, stelle aber weiterhin ein entscheidendes Planungsziel der Stadt Stuttgart dar. Sollte es sich ergeben, werde dieser Ansatz weiterverfolgt. Ergänzend dazu sei das Thema potenzieller Ersatzstandorte hinsichtlich systemrelevanter Versorgung mit der EnBW eruiert worden, erläutert Frau Gräter (ASW), dabei habe sich aber kein nennenswerter Standort finden lassen.

Hinsichtlich der geplanten Fußwegeverbindung im Zuge der Entwicklung der Allianz AG, die aufgrund "fehlender Mitwirkungsbereitschaft Dritter" in Frage stehe, erinnert StRin Schanbacher an einen noch unbeantworteten Antrag der SPD bezüglich unklarer Planungsgewinne der Allianz AG. Der Bebauungsplan sei im Sinne der Allianz geändert worden, im Gegenzug habe das Unternehmen Zugeständnisse gemacht. Auch nach dem Verkauf der Flächen sei noch immer ungeklärt, wie hoch diese Planungsgewinne nach Änderung des Bebauungsplanes seien. Sie weist den Rat nachdrücklich darauf hin, hinsichtlich der abgeschlossenen städtebaulichen Verträge auf die Allianz einzuwirken, damit diese zentrale Fußwegeverbindung zustande kommen könne. Frau Gräter erläutert anhand Folie 9 der Präsentation, die Durchwegung durch das Allianz-Grundstück werde in jedem Falle hergestellt, dies sei gemäß städtebaulichem Vertrag gesichert worden. Die im Anschluss untersuchte Weiterführung der Wegeverbindung zum Bahnhof sei an der Mitwirkungsbereitschaft zweier Grundstückseigentümer sowie aufgrund von unüberwindbaren und baulichen Hindernissen (Standort der Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS), Mülleinhausungen des Privateigentümers, Betriebswohnungen, Schächte) gescheitert.

Zuletzt hält es StRin Schanbacher für zentral, Flächen für Handwerkerhöfe in der Vorlage mit zu bedenken, da sie maßgeblich für die Umsetzung der Klimaanpassung wären. Dr. Oediger berichtet, man stehe in engem Austausch mit der Wirtschaftsförderung und habe Mittel für den Haushalt angemeldet, um eine Machbarkeitsstudie zum diesem Thema zu vergeben. Darin sollen Fragen wie Zielsetzung, Bedarfe in der Profilierung, Klärung der Frage der Trägerschaft etc. eruiert werden. Er wirbt um Zustimmung für diese Vorlage.

StRin Munk (90/GRÜNE) weiß von einem Betrieb an der Grenze zu Weilimdorf, der bei einer Betriebsbesichtigung mit dem Gemeinderat und der Wirtschaftsförderung großes Interesse signalisiert habe, seine produzierte Abwärme an angrenzende Wohngebiete abzugeben. Voraussetzung dafür sei, so Herr Dr. Oediger, dass ein Wärmenetz installiert werde. Dank des Entwurfes der Kommunalen Wärmeplanung habe man dafür die Zielrichtung des Gewerbegebietes Weilimdorf und anderer Teilflächen der Stadt vor Augen. Auch Dank der Studie "Klimaneutrales Gewerbegebiet Weilimdorf" habe sich eine enge Kooperation mit den umsetzenden Stellen (Amt für Umweltschutz, Stadtwerke) entwickelt.

Angesichts des zu Beginn des Tagesordnungspunktes geäußerten Wunsches von StR Dr. Vetter (CDU), das Thema im Unterausschuss Wirtschaftsflächen zu diskutieren, schlägt Dr. Oediger vorbehaltlich der Absprache mit BM Pätzold vor, im ersten Quartal 2024 zu einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik (STA) und des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnen (WA) zusammenzukommen. Der Unterausschuss Wirtschaftsflächen existiere zwar formal noch, sei jedoch prozessbegleitend zur Aufstellung der Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen eingerichtet worden, mit deren Erstellung seine Arbeit dann faktisch ende. Am 24.10.2023 werde zu diesem Thema eine Vorlage vorberaten, deren Inhalt sein werde, wie eine solche politische Diskussion aussehen könnte.

StR Dr. Mayer (AfD) kritisiert, Klimaneutralität verweise auf den grundlegenden Irrtum, CO<sub>2</sub> allein sei für die Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur verantwortlich. Des Weiteren seien Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie zwar für ca. 50 % der klimaschädlichen Emissionen, aber auch für fast 100 % der finanziellen Gesundheit sowie des Wohlstands der Landeshauptstadt verantwortlich. Energieverbrauch sei jedoch ein maßgebliches Kriterium "für die Höhe und Leistungsfähigkeit einer menschlichen Zivilisation"; er kritisiere daher die in der Konzeptstudie geforderten Maßnahmen zur Einsparung von Energie und bitte um getrennte Abstimmung von Ziffer 4 des Beschlussantrags.

Mit dem Hinweis, die Beschlussfassung erfolge erst am 24.10.2023 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik, stellt BM Thürnau fest:

Die GRDRs 468/2023 ist eingbracht.

Zur Beurkundung

Zetzsche / as

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
wg. WA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB/82
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat T  
Tiefbauamt (2)  
Tiefbauamt/SES
  5. *BezÄ Feu, Mö, Vai, Weil, Zu*
  6. Amt für Revision
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*